

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

02.04.2019

Faktencheck zur Halbzeitbilanz der Landesregierung

Behauptung der Landesregierung	Faktencheck
(1) Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich vorangebracht	Die Wirtschaftsleistung des Landes ist 2017 preisbereinigt um +1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Bundesweit betrug das Wachstum 2,2 Prozent. Damit geht die Schere zwischen Ost und West weiter auseinander und M-V verliert auch in wirtschaftlich starken Zeiten weiter den Anschluss.
(2) Unterstützung für die regionale Wirtschaft ausgebaut	Das bisherige Bündnis für Arbeit sei zum Zukunftsbündnis MV weiterentwickelt worden. Die Koalition hat im Oktober 2016 die Arbeit aufgenommen. Am 4. März 2019 wurde das Zukunftsbündnis gegründet. Zweieinhalb Jahre wurden verplempert , ohne dass sich die Spitzen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaft und Politik auf konkrete Maßnahmen geeinigt haben. Das ist kein Erfolg, sondern ein Armutszeugnis. Mit verschiedenen Maßnahmen habe die Landesregierung den Gründergeist gestärkt und Existenzgründerinnen und Existenzgründer durch Beratung und Förderung bei den ersten Schritten in die Selbständigkeit unterstützt. Die Start-Ups selbst stellen der Landesregierung in Sachen Förderpolitik mit der Note 3,5 nur ein Befriedigend aus (Start-Up-Monitor 2018). Damit dümpelt M-V im Mittelfeld im Ländervergleich umher. Eine wirksame Gründeroffensive ist bislang ausgeblieben. Von speziellen Task-Forces, die in öffentlichen Behörden eingesetzt werden sollen und den Start-Ups als Unterstützer und Ansprechpartner dienen sollen, ist seit dem Landtagsbeschluss von bereits Januar 2016 auch nichts mehr zu hören.
(3) Neues Tourismuskonzept	Damit sich die Branche weiter positiv entwickle, habe die Landesregierung gemeinsam mit den

entwickelt	Akteuren der Branche eine neue Tourismuskonzeption für Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Auch hier ist viel Zeit ins Land gegangen (mehr als zwei Jahre nach der Evaluierung der alten Konzeption), bevor die Landesregierung überhaupt angefangen hat, an einer neuen Konzeption zu arbeiten. Ob die Landesregierung zumindest die neuen Strukturen (Umsetzungsmanagement, Innovatorengruppe etc.) schafft, bleibt abzuwarten.
(4) Gesundheitswirtschaft weiter ausgebaut	Nach kräftigem „Knirschen im Gebälk“ hat die Landesregierung BioCon Valley keine Steine mehr in den Weg geschmissen und lobt sich nun für gemeinsame Präsentationen. Die Beschlüsse des Landtags hat die Landesregierung bis heute ignoriert und die Weiterentwicklung der Telemedizin im Land wurde famos behindert.
(6) Vergabemindestlohn eingeführt, Wirtschaftsförderung auf gute Arbeit ausgerichtet	Dieser Vergabemindestlohn ist ein Schuss in den Ofen. Er liegt unter allen Branchenmindestlöhnen und hat damit kaum Wirkung. Für wie viele Beschäftigte er wirklich was gebracht hat, weiß die Landesregierung nicht oder will es nicht wissen. Aber die Zahl dürfte extrem klein sein. Auch die Wirtschaftsförderung habe die Landesregierung stärker auf gute Arbeit und faire Löhne ausgerichtet. Dies geschehe mit einem Bonussystem. Wer mindestens tarifgleiche Löhne zahlt, erhalte jetzt eine höhere Förderung als Unternehmen, die das nicht tun. Eine Kleinigkeit wurde hier „vergessen“: Die Regel gilt bei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. In den letzten 10 Jahren haben sich lediglich 39 Unternehmen dieser Größenordnung angesiedelt. Alles mehr Schein als Sein.
(7) Qualitätsoffensive gestartet, Bürgerarbeit ermöglicht	Den Handlungsbedarf und die eigene Verantwortung für die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit hat die Landesregierung lange Zeit ignoriert und die Erstellung eines qualifizierten Arbeitsmarktberichtes für das Land abgelehnt. Das Programm Bürgerarbeit musste Arbeitsminister Glawe (CDU) ohne seinen Koalitionspartner SPD auf den Weg bringen. Ob die 700 Stellen je besetzt werden, bleibt abzuwarten. Viel zu lange warten die mehr als 41.000 arbeitslosen Frauen und Männer im Hartz-IV-Bezug auf lohnenswerte Perspektiven.
(8) Eine digitale Agenda für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht	Die sogenannte „Agenda“ ist nichts anderes als ein Sammelsurium von Einzelvorhaben, die teilweise sogar schon in Planung oder umgesetzt waren. Von den 1,5 Milliarden sind allein 1,3 Milliarden Bundesmittel für den Breitbandausbau, die bisweilen zu großen Teilen vergeblich darauf warten ausgegeben zu werden. Von einer tatsächlichen inhaltlichen, strategischen und finanziell unteretzten Digitalisierungsstrategie ist dieses Papier meilenweit entfernt. Alles ist und bleibt Stückwerk. Auch Wlan-Hotspots in öffentlichen Gebäuden sollten zum Beispiel sukzessive ausgebaut werden (Punkt 64 Koalitionsvertrag). Bis heute gibt es das in keinem einzigen Gebäude.
(12) Die Energiewende weiter	Beim Ausbau der Solarenergie ist M-V Schlusslicht. Kein einziger Punkt aus dem

<p>vorangebracht</p>	<p>Koalitionsvertrag (Solarkataster, Leitfaden zum besseren Ausbau, Masterplan zum Forcieren von Solarausbau auf landeseigenen Dachflächen) ist bisher umgesetzt. Beim Thema Sektorenkopplung gibt es maximal einige Modellprojekte mit ungewisser Zukunft. Dass in M-V Windräder aufgestellt werden ist kein Verdienst der Landesregierung.</p> <p>Gemeinsam mit anderen Ländern habe die Landesregierung auf Bundesebene erreicht, dass die Kosten für die bundesweiten Stromnetze, die so genannten Übertragungsnetze, seit dem 1. Januar 2019 schrittweise auf alle Bundesländer verteilt werden. Das sei ein wichtiger Beitrag zu mehr Gerechtigkeit bei der Energiewende.</p> <p>Das ist Augenwischerei, da die Verbraucher diese Mikroentlastung überhaupt nicht spüren werden. Wenn weniger als ein Cent Entlastung für diese Landesregierung ein wichtiger Beitrag zu mehr Gerechtigkeit ist, dann haben wir keine Fragen mehr. Richtige Entlastung wäre mit einer einheitlichen Verteilung auf der Verteilnetzebene zu machen. Das würde viele Verbraucher, vor allem im ländlichen Raum um mehrere Cent pro Kilowattstunde entlasten. Doch nicht einmal auf dem Land packt die Landesregierung das Thema an.</p>
<p>(13) Bezahlbare Wohnungen</p>	<p>Landesregierung feiert sich, dass seit 2017 der Bau von 415 Sozialwohnungen mit rund 19 Mio. Euro unterstützt wurde. 2017 und 2018 standen M-V insgesamt fast 105 Mio. Euro Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung – ein Bruchteil davon wurde ausgegeben und die Richtlinie brauchte ein Jahr, um künftig nicht weiter Teile des Landes von Förderung auszuschließen. Werden weiterhin die Bundesmittel nicht vollständig eingesetzt und mit Landesmitteln ergänzt, verpufft die verbesserte Richtlinie am völlig unzureichenden Fördervolumen. Das Sonderprogramm „Lifte und Fahrstühle, barrierearmes Wohnen“ werde konsequent fortgesetzt. Insgesamt gibt es 870.000 Wohnungen in M-V. Seit 2017 wurde für insgesamt 2.645 Wohnungen der Abbau von Barrieren gefördert, dabei fehlen mindestens 35.000 barrierefreie Wohnungen.</p>
<p>(14) Ein besonderes Augenmerk auf den Landesteil Vorpommern gerichtet</p>	<p>Obwohl die Interministerielle Arbeitsgruppe „Ländliche Gestaltungsräume“ gegründet wurde, der Vorpommernfonds installiert und Regelungen zur erhöhten Förderung getroffen wurden, läuft die Unterstützung viel zu schleppend und unzureichend an. Zunächst gibt es nur Pilotprojekte und die Entwicklung von Lösungsansätzen innerhalb von vier Modellregionen. Erst nach erfolgreicher Erprobung ist eine Umsetzung in den übrigen Regionen angedacht. Anstelle eines Regionalbudgets, über dessen Einsatz allein vor Ort entschieden wird, gibt es einen Strategiefonds, der weder strategisch ausgerichtet ist noch die drängenden Probleme wie Sicherung der Daseinsvorsorge angeht.</p>

<p>(15) Die beitragsfreie Kita auf den Weg gebracht</p>	<p>Richtig, M-V ist das einzige Bundesland, das die vollständige Kostenfreiheit in der Kita hat. Das ist ein gutes und wichtiges Zeichen für unsere Familien und vor allem die Kinder. Was nützt aber für eine qualitativ gute frühkindliche Bildung, die die Basis für das gesamte Leben eines Menschen legt, wenn die Qualität nicht stimmt. Das letzte Mal wurde in der 6. Legislaturperiode einzig im Kindergartenbereich (3- 6-Jährige) der Betreuungsschlüssel von 1 Erzieher*in von 18 auf 15 Kinder gesenkt. Wir sagen, die Qualität in den Kitas muss sich weiter verbessern. M-V ist deutschlandweit das Schlusslicht bei der Qualität. Deshalb fordern wir die Absenkung auf 1:4 im Krippenbereich, 1:12 im Kindergartenbereich und 1:18 im Hortbereich. Dafür brauchen wir allerdings die Erzieher*innen, die jetzt schon fehlen. Deshalb bedarf es eines Stufenplanes, wo wir in der Qualität hinwollen. Dementsprechend müssen jetzt die Ausbildungskapazitäten an den staatlichen Schulen erhöht werden, so dass wir in den nächsten Jahren auf die Qualitätsverbesserungen vorbereitet sind.</p>
<p>(16) Ausbildung für den Erzieherberuf modernisiert</p>	<p>Seit Jahren hat es die Landesregierung verpasst, ausreichend Fachkräfte für den Kita-Bereich auszubilden. Die durch das KiföG verpflichtend aufzustellende Ausbildungsplatzplanung wurde das letzte Mal 2014 unter irrigen Annahmen (was beispielsweise Erzieher*innen betrifft, die in Rente gehen oder nach der Ausbildung in andere Bundesländer) erstellt. Die Folge: Seit Jahren zeichnet sich ein Fachkräftemangel ab. Doch anstatt Ausbildungskapazitäten der Erzieher*innen zu erhöhen, wurde der Fachkräftecatalog in § 11 KiföG aufgeweicht, so dass auch Musikpädagogen oder Hebammen Fachkräfte im Sinn des Gesetzes sind. Zudem wurde als Schnellschuss die Ausbildung der staatlich anerkannten Erzieher für 0 bis Zehnjährige eingeführt. Das Gute daran ist, dass die Auszubildenden eine Ausbildungsvergütung bekommen und kein Schulgeld bisher an den staatlichen Schulen zahlen mussten. Doch warum gilt das nicht für alle Ausbildungsgänge für staatlich anerkannte Erzieher? Zudem werden sie auf die Fachkräfte zu 40% angerechnet, obwohl sie keine Fachkräfte sind. Die, die sie in den Kitas anleiten (Mentoren), erhalten keine zusätzlichen Stunden oder sonst irgendwelche Anrechnungen für die Anleitung. Insgesamt kann man nicht von einer Modernisierung sprechen, sondern von einem Alleinlassen der Auszubildenden, der Anleiter und das auf Kosten der Qualität.</p>
<p>(17) Für gute Schulen gesorgt</p>	<p>Für Chaos, für Lehrkräftemangel, für Unterrichtsausfall gesorgt – aber keinesfalls für gute Schulen. Das große Landesthema „Bildung“ ist der Landesregierung lediglich 11 kleine Sätze wert. Bereits daran wird deutlich, dass sie weder für gute Schulen noch für guten Unterricht noch für die Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes oder der Anerkennung der Schulleitungsfunktion gesorgt hat.</p> <p>50 Millionen-Paket wird fortgeführt – weiterhin keine Anrechnungsstunden für Mitglieder von</p>

Schulleitungen; weiterhin keine erhöhte Vergütung für sie. Im Ergebnis sind 46 Schulleitungsstellen vakant, teilweise bereits seit mehr als 12 Jahren. Das bedeutet, dass an ca. jeder zehnten Schule die Schulleitungen fehlen. Es gibt weiterhin keine gerechte Eingruppierung in die E 13 bzw. A 13 für Grundschullehrkräfte, obwohl jährlich etwa 30 Millionen Euro Personalkosten aus dem Bildungshaushalt nicht verwendet werden.

Vermeidung von Unterrichtsausfall – dieser ist um 14.543 Stunden gegenüber dem Vorjahr auf 231.225 Stunden gestiegen. Hinzu kommen 56.599 Stunden Stillbeschäftigung, die kein Unterricht sind. Das sind 8 % mehr als im Vorjahr.

An beruflichen Schulen stieg der Anteil der ausgefallenen Stunden gegenüber dem Vorjahr gar um 9,6 Prozent. Aber es gibt weiterhin kein Vertretungsbudget; keine Maßnahmen, um erkrankte verbeamtete Lehrkräfte zu vertreten; dafür aber eine Erhöhung der Mehrarbeit für Referendarinnen und Referendare von nahezu drei Prozent.

Unterrichtsqualität verbessern – weiterhin zu geringe Stundenzuweisung; weiterhin keine verbindliche Stundenzuweisung, was die Planungssicherheit der Schulen erheblich einschränkt. Förder- und Ganztagsangebote können nur unzureichend sichergestellt werden.

Weiterhin keine ausreichende Qualifizierung der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger. Die Kolleginnen und Kollegen werden ohne pädagogische Ausbildung alleingelassen, so dass nach einem halben Jahr bereits etwa 20 % der zuletzt eingestellten Seiteneinsteiger das Handtuch geworfen und aufgegeben haben.

Die Zahl der Abbrüche bei Lehramtsstudierenden ist weiterhin immens hoch und beträgt bis zu 85 Prozent. Die personelle Ausstattung für die Durchführung der Lehrveranstaltungen ist nicht ausreichend. Das führt dazu, dass die Zahl der Studierenden, die ihr Studium in der vorgegebenen Regelstudienzeit absolvieren, weiter abnimmt.

Es gibt weiterhin keine Senkung der Schülerinnen und Schüler ohne Schul- und Berufsabschluss, stattdessen hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss auf fast 10 Prozent erhöht.

Bei der Zahl der Jugendlichen, die beim Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife scheitern, nimmt M-V mit 7% den traurigen „Spitzenplatz“ ein.

Regelmäßig bleiben mehr als die Hälfte der ausgeschriebenen Referendarstellen unbesetzt; gibt es weiterhin keine Verbesserungen für Regionale Schulen, Gesamtschulen sowie Grundschulen.

	<p>Mehr Deutschunterricht – lediglich eine Wochenstunde in der ersten oder in der zweiten Klasse, aber weiterhin bei fast einem Drittel der Schülerinnen und Schüler liegen die Leistungen im Deutschunterricht in der Grundschule unterhalb der Regelstandards.</p> <p>Einführung von Grund- und Leistungskursen in der gymnasialen Oberstufe – das bedeutet das Aus für kleinere Gymnasien, gerade im ländlichen Raum – da die Stundenzuweisung keine Profilbildung in Leistungskursen so ermöglicht, dass eine Angebotsvielfalt mit einer hohen Unterrichtsqualität möglich ist.</p> <p>Berufsschulen werden weder bei den Änderungen noch in der Regierungsbilanz eines einzigen Wortes gewürdigt. Sie lässt die Landesregierung am langen Arm verhungern.</p> <p>Schulgesetznovelle wurde in den Landtag eingebracht – sie ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht; keine ausreichende finanzielle Unterstützung der Kommunen für die Inklusion; Verschenken des Schulabschlusses der Mittleren Reife für Gymnasiasten; noch nie wurde ein Gesetz derart verrissen. In Reaktion auf den Schulgesetzentwurf hat sich sogar ein landesweites Bündnis unterschiedlichster Akteure gebildet, die massive berechnete Kritik und einen sorgfältigeren Neuentwurf der Novelle fordern.</p>
<p>(18) Digitalisierung und Medienbildung an Schulen vorangebracht</p>	<p>In wenigen Jahren wird nach Einschätzung der Landesregierung kein Studiengang und keine Berufsausbildung mehr ohne digitale Kenntnisse auskommen. Und wann bitte genau hat die Landesregierung vor, die Medienbildung in der Lehramtsausbildung zu verankern? Was sind denn wenige Jahre? Fünf oder 50 Jahre? Jedes Jahr verlassen frisch gebackene Lehrer die Universität, ohne darauf vorbereitet zu sein, mit digitalen Medien und Lernmethoden Inhalte zu vermitteln. Das ist doch kein Erfolg.</p> <p>Das neue Fach Medienbildung ist nur eine Verschiebung des Inhaltes aus dem Fach AWT. Somit keine neue Kompetenz.</p>
<p>(19) Schulbauprogramm: 325 Millionen für moderne Schulen bereitgestellt</p>	<p>Das sogenannte „Schulbauprogramm“ ist nicht viel mehr als heiße Luft und steht auf tönernen Füßen. An den Schulen herrscht ein Sanierungsstau von ca. 1, 5 Milliarden Euro - hier kleckert die Landesregierung mit 300 Millionen, von denen etliche schon investiert wurden, bevor die Ministerpräsidentin das neue Wort „Schulbauprogramm“ erfand.</p> <p>Von den 129 erwähnten Schulbauprojekten sind mehrere bereits abgeschlossen worden, bevor die Übersicht erstellt wurde. Andere Schulträger, die aufgelistet wurden, haben überhaupt</p>

	<p>keinen Antrag auf Sanierung gestellt. Kein einziger Euro darf in eine Kapazitätserweiterung fließen – also nur Erhalt des Bestandes, obwohl die Schülerzahl deutlich gestiegen ist. Für Schulträger, die nach August 2018 einen Antrag auf Sanierung ihrer Schulen gestellt haben oder stellen werden, stehen von August 2018 bis Dezember 2020 sage und schreibe 24 Millionen EU-Mittel zur Verfügung.</p>
<p>(20) Hochschulen und exzellente Forschungsprojekte gefördert</p>	<p>Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses über die Landesexzellenzinitiative ist fraglich. Guter wissenschaftlicher Nachwuchs geht bevorzugt an die Spitzenuniversitäten, die bspw. bei der Exzellenzinitiative des Bundes berücksichtigt werden. Hier konnte sich auch 2018 keine Hochschule M-V Mittel sichern. Weit effektiver für die Zukunft des wissenschaftlichen Nachwuchses in M-V wäre eine weitere Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes gewesen, für das sich die Landesregierung im Bundesrat stark machen müsste. Genau das ist jedoch nicht passiert. Auch die Ereignisse in der Uniklinik Rostock sind keine Erfolgsmeldung. Eine Kommission zur Aufarbeitung der Folgen von zunehmender Ökonomisierung von Krankenhäusern wäre nicht nötig gewesen, wenn die Ökonomisierung dieser Gesundheitsbetriebe nicht von eben jener Landesregierung vorangetrieben worden wäre. Die zwei neuen Lehrstühle an der HMT Rostock und der Universität Greifswald sind gut und richtig, können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade der Zustand der universitären Lehrerbildung gezeigt hat, dass M-V erhebliche Defizite bei der Ausbildung zukünftiger Pädagogen hat. Zusätzliche Stellen für Didaktik in Greifswald und Rostock wären hier dringend nötig.</p>
<p>(21) Mit Theaterpakt jahrelange Debatte beendet</p>	<p>Der Theaterpakt wurde im Juni 2018 verkündet. Effekte hatte er noch keine. Damit handelt es sich bei dem Pakt nach wie vor um eine Ankündigung. Beruhigt hat sich die Lage kaum. Gerade das MST, dessen Hauptgesellschafter das Land M-V ist, befindet sich in einer tiefen Krise. Wegbrechende Abzahlen, unzufriedene Mitarbeiter, sinkendes kulturelles Niveau, Verlust von Rückhalt bei den kleineren Gesellschaftern Schwerin, Parchim und dem Landkreis Ludwigslust-Parchim und der Schweriner Stadtgesellschaft. Auch in Rostock macht die Landesregierung keine gute Figur. Statt sich an die Versprechungen des Theaterpaktes zu halten und den Zuschuss zum Neubau des VTR zu erhöhen, versucht sie jetzt, die Finanzierung des neuen Landesarchäologiemuseums mit dem Neubau des VTR zu verbinden. Der Vorschlag, dabei die Stadt Rostock genau mit der Summe beim Bau des Archäologischen Landesmuseums zu unterstützen, die sie dann weniger für einen Theaterneubau zur Verfügung hätte, ist im besten Fall als Nullsummenspiel zu bezeichnen. Am Ende werden die Bürger und die Stadtkasse Rostocks die Leidtragenden sein.</p>

(22) Kulturförderung vereinfacht	Die Vereinfachung der Antragsformalien für Projektmittel in der Kulturförderung war ein Schritt in die richtige Richtung, der jedoch über das Grundproblem nicht hinwegtäuschen kann: mangelnde Planungssicherheit für die Akteure, für Kulturschaffende, Träger und Einrichtungen und ihre Beschäftigten . Langfristig kann hier nur mit einem Kulturfördergesetz und mit mehr institutioneller statt Projektförderung geholfen werden. Die behauptete Sonderregelung für die Medienbeschaffung öffentlicher Bibliotheken ist intransparent und nicht nachzuvollziehen.
(23) Politische Bildung gestärkt	Säule 2 des von der Landesregierung vorgelegten Konzepts zur dezentralen Erinnerung über den Fonds „Denkzeichen 1989“ ist mit Stand der heutigen Beschlussfassung immer noch nicht mit Leben erfüllt. Obwohl der Landtag Ende 2018 auf Antrag der Regierungskoalitionen beschlossen hat, dass der Landtag bis Februar 2019 zu unterrichten ist, wie die Säule 2 „Dezentrale Erinnerung und Information“ umgesetzt werden soll, wurde die Landesregierung mit der Beschlussfassung des Landtages im März 2019 wiederum lediglich gebeten, Finanzierungswege aufzuzeigen. Ein Sachstand der nicht zufriedenstellend ist, weil die Zeit davon läuft. Eine Überarbeitung des Landesprogrammes für Demokratie und Toleranz wurde vor der Europa- und Kommunalwahl versprochen. Dies wurde auch im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung schon besprochen, aber noch nicht dem Landtag vorgelegt.
(24) Sportpakt geschlossen	Der Erhalt der Bundesstützpunkte bis 2020 ist keine Zukunftsvision. Nach wie vor steht die Drohung des Bundesinnenministeriums im Raum, drei Olympiastützpunkte danach nicht mehr zu finanzieren, sollte die Erfolgsbilanz bei internationalen Wettkämpfen nicht besser ausfallen. Internationale Spitzensportler sind in einem Jahr jedoch nicht formbar. Die Forderungen und Vorschläge des LSB nach mehr Engagement des Landes im Bereich Nachwuchsleistungssport und Trainerstellen, als Grundvoraussetzung für eine Besserung der Lage, werden von der Landesregierung verschwiegen.
(26) Familien und Kinder unterstützt	Bezug wird hier auf das Landesprogramm „Kinderschutz“ aus dem Jahr 2016 genommen. In dem Landesprogramm wird festgestellt, dass zu prüfen bleibt, ob das Programm insgesamt Wirkung zeigt, ausreichende Impulse setzt oder ob weitere Akzentuierungen erforderlich sind. Bis heute blieb der Prüfauftrag ohne Ergebnis . Dabei sind gerade im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, dem Abbau von Erziehungsberatungsstellen, dem Abbau der Familienhebammen, der Umstellung des erfolgreichen Modellprojektes „Psychosoziale Prozessbegleitung“ Handlungsnotwendigkeiten offensichtlich, auf die die Landesregierung mit Nichtstun reagiert.
(27) Für Frauen und Gleichstellung eingetreten	Die Gleichstellung von Frauen und Männern wird nicht konsequent vorangebracht . Von den Abgeordneten des Landtages sind 25% Frauen. In den Universitäten des Landes gibt es weniger als 20% Professorinnen. Abteilungsleiterinnen in den Ministerien sind weniger als 30%. Nur jede vierte

	<p>Leitungsposition in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist weiblich besetzt. Die in der Halbjahresbilanz erwähnten Mentoringprogramme und Zielvereinbarungen haben auch nach Jahren noch nicht dazu geführt, die Frauenanteile signifikant zu erhöhen. Ein umfassendes gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm, wie die Fraktion DIE LINKE es seit Jahren fordert, wurde von SPD und CDU mehrfach abgelehnt.</p> <p>Die hervorgehobene Verbesserung der personellen Ausstattung der Frauenhäuser bezieht sich auf die Einrichtung einer dritten Stelle in allen Frauenhäusern, in denen es noch keine dritte Stelle gibt/gab. Dafür wurden im aktuellen Doppelhaushalt 140.300 Euro mehr eingestellt, die Mittel sind zweckgebunden. Es fehlt der Zwischenschritt der überfälligen tariflichen Anpassung für die Beschäftigten. Dies stellt das ganze Konstrukt weiter auf höchst wackelige Füße. Die bestehenden Lücken im Hilfesystem – schlechte Entlohnung der Beschäftigten, fehlende zielgruppenspezifische Angebote, keine Barrierefreiheit – bleiben nach wie vor unversorgt.</p>
(28) Integration gefördert	<p>„Integration ist die vordringliche Aufgabe“ – nicht erst seit 2015, sondern bereits in den Jahren zuvor sind Migrantinnen und Migranten aus mehr als 30 Herkunftsländern zu uns gekommen. Integration muss immer als wechselseitiger Prozess der gegenseitigen Annäherung der Aufnahmegesellschaft und der Geflüchteten und Migrant*innen verstanden werden. Die Gruppe der Zugewanderten ist sehr heterogen, das muss bei allen Maßnahmen und Konzepten beachtet werden. Das Integrationskonzept wird erst jetzt – im Jahr 2019 fortgeschrieben, das ist viel zu spät. Der Integrationsfonds ist nur scheinbar ein niedrighwelliges Angebot, das Antragsprozedere bisweilen schwierig und die Mittel werden nicht ausgeschöpft.</p>
(29) Kostenlose Pflegeausbildung eingeführt	<p>Die bundesweite kostenlose Ausbildung in der Pflege wird per Bundesgesetz mit Wirkung ab 2020 schulgeldfrei gestellt. M-V beginnt damit mit dem kommenden Ausbildungsstart und erfüllt somit Bundesrecht. Im Bereich der Pflege muss deutlich nachgesteuert werden, bisherige Maßnahmen sind ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts des bestehenden und zu erwartenden Fachkräftemangels. Der Pflegeberuf muss insgesamt attraktiver werden, die Arbeitsbedingungen und Konditionen müssen deutlich verbessert werden. Es muss alles getan werden, um Fachkräfte zu halten und neue zu gewinnen. Bei der Anwerbung von ausländischen Fachkräften sind Sozialstandards einzuhalten, Interessenvertretungen zu implementieren und aufenthaltsrechtliche und integrationspolitische Regelungen zu treffen, die den Fachkräften Selbstbestimmung und gute Rahmenbedingungen garantieren.</p>
(30) Neue Wege in der Gesundheitsversorgung	<p>Erst wird eine Kinderklinik geschlossen, um eine andere aufwändig am Leben zu erhalten, dann wird abgewartet, wie lange der Bürgerprotest anhält, um sich dann für eine teure, wiederinstallierte</p>

eingeschlagen	Kinderstation als Portalpraxisklinik zu feiern.
(31) Krankenhäuser modernisiert	Es mögen 2017 und 2018 zwar Millionen in die Modernisierung der Krankenhäuser und ihre Ausstattung geflossen sein, der von den Krankenhäusern beklagte Investitionsstau konnte damit nicht behoben werden . Die Krankenhausplanung wurde von August 2017 bis Februar 2019 nicht angepasst. Eine eigene Übersicht über die Investitionsbedarfe will sich die Landesregierung nicht verschaffen. Auch die personellen Zustände an den Krankenhäusern interessieren die LR nicht oder nur peripher. Die flächendeckende Versorgung droht am fehlenden Personal zu scheitern .
(32) Pakt für Sicherheit vereinbart	Die vereinbarten Maßnahmen sind grundsätzlich zu begrüßen, für Jubel besteht aber wenig Anlass (Ausbildungskapazitäten an der FH Güstrow stehen zum Teil nur provisorisch zur Verfügung). Schicht- und andere Zulagen verlieren an Glanz, wenn sich die Landesregierung bei der Berücksichtigung von Verpflegungs- und Bekleidungsgehalt und auch bei der Rentenberechnung ihrer Verantwortung entziehen möchte.
(33) Sicherheits- und Ordnungsgesetz angepasst	Wenn sich die Regierung für den weiteren Rückgang der Straftaten feiern lässt, dann erscheint die Notwendigkeit, weitere Gesetzesverschärfungen vornehmen zu müssen, zumindest zweifelhaft. Zum Projekt „ Bildüberwachung Marienplatz Schwerin “, welches seit Anfang des Jahres 2019 Gegenstand auch öffentlicher Auseinandersetzungen geworden ist, verliert die Bilanz keine Silbe , obwohl dieses Modellprojekt ein bemerkenswertes Licht auf das Datenschutzverständnis der Landesregierung wirft.
(34) 50-Millionen-Programm für die Feuerwehren beschlossen	Warum wird das zentrale Vorhaben der Regierung, die Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz zu einem Kompetenzzentrum auszubauen, mit keiner Silbe erwähnt? Fehlende Ausbildungsplätze und Fortbildungslehrgänge gefährden bereits die Einsatzbereitschaft einzelner Wehren. Warum werden parlamentarische Vor-Ort-Besuche politisch unterbunden?
(35) Kommunaler Finanzausgleich	Mit Konsolidierungs- und Fusionszuweisungen wollte die Regierung über das Gemeinde-Leitbildgesetz freiwillige Gemeindefusionen unterstützen. Über diesen Flop bzw. über die Ergebnisse möchte die Regierung nicht einmal im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflicht dem Landtag Rede und Antwort stehen.
(36) Einigung zu Straßenausbaubeiträgen	Eine Bilanz sollte aufzeigen, was man getan hat, nicht, was einem (z. B. durch eine Volksinitiative) angetan wurde. Hier hat die Landesregierung gebremst und verschleppt . Die rechtlichen Regelungen hätten vorbereitet sein müssen.
(37) Mehr Stellen in der Justiz geschaffen	23 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte wurden eingerichtet. Aber schon jetzt fehlten insgesamt 36 Richter und Staatsanwälte . Hinzu kommt, dass durch das Personalkonzept 2010 weiterhin jährlich 8-15 Richter- und Staatsanwaltsstellen abgebaut werden. Insgesamt ist zu wenig

	<p>Vorsorge getroffen, um die hohe Pensionierungswelle ab 2025 bei den Richtern und Staatsanwälten abzufangen. Daran ändert auch die Verbeamtung der Rechtsreferendare nichts. Das ist ein erster Schritt, der aber nur minimale Auswirkungen auf die Anzahl der Absolventen, die für den richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst in Frage kommen, hat. Damit ist der Rechtsstaat in Mecklenburg-Vorpommern in Gefahr.</p>
<p>(40) Die Landwirtschaft gefördert</p>	<p>Nach wie vor werden Stallneubauten und Erweiterungen gefördert und genehmigt, die den ungesunden Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft befördern. Erst auf Druck unserer Fraktion (Antrag „Mehr Tierschutz in der Sauenhaltung“) ist eine Förderung von Stallneu- oder Umbauten von Schweineställen ausgeschlossen, die nicht dem Magdeburger Urteil entsprechen. In der Mast von Schweinen und bei Geflügel hat sich nichts getan, ebenso bei Rindern.</p>
<p>(43) Umwelt geschützt</p>	<p>Der Koalitionsvertrag (Punkt 15.) sieht eine Nachhaltigkeitsstrategie für M-V vor. Hier zeichnet sich die Landesregierung durch Untätigkeit aus. Entsprechende Anträge von uns wurden abgelehnt. Nach wie vor gibt es viel zu hohe Nährstoffeinträge in unsere Oberflächengewässer, Fließgewässer und die Ostsee. Hauptverantwortlich ist die Landwirtschaft. Die Umsetzung der Düngeverordnung reicht noch nicht einmal aus, um die Nitratrichtlinie der EU einzuhalten und das gegen Deutschland laufende Vertragsverletzungsverfahren abzuwenden. Landesweit muss die sogenannte 4. Reinigungsstufe in Großkläranlagen eingeführt werden, um unser Wasser zu schützen. Wir brauchen eine deutliche Ausweitung des ökologischen Landbaus, um die Nitratbelastung des Grundwassers in den nächsten Jahrzehnten zu reduzieren. Beim Bodenschutz wird das meiste Geld in städtische Gebiete zur Altlastenbeseitigung eingesetzt (z. B. Rostock, alte Teerfabrik an der Warnow). Das lange angekündigte Bodenschutzprogramm M-V ist mehr als überfällig. Nur die größten ökologischen Sauereien (Altlasten) werden beseitigt.</p>
<p>(47) Für die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns eingetreten</p>	<p>Wirklich? Im Bundesrat haben sich SPD und CDU oft gegenseitig blockiert. Initiativen zur Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit etwa sind nie unterstützt, geschweige denn initiiert worden.</p>
<p>(48) Kontakte in Europa Ausgebaut</p>	<p>Die Landesregierung war das erste Mal in voller Mannschaftsstärke in Brüssel, Verwertbares hat sie aber nicht mitgebracht. Aktuell steht sie weiter mit leeren Händen da, eine Kürzung der Mittel um bis zu 20 Prozent schwebt weiter wie ein Damoklesschwert über dem Haushalt des Landes. Konsequentes Handeln wäre es zudem gewesen, unserem Antrag " EU-Kohäsionspolitik für Mecklenburg-Vorpommern zukunftssicher fortentwickeln - massiven Kürzungen entschieden entgegnetreten" bereits im Juni 2018 zuzustimmen und nicht noch Monate ins Land gehen zu lassen und unnötig Zeit zu verplempern.</p>

	<p>Unter Vorsitz von Minister Lorenz Caffier bei der EMK wurde die Bund-Länder-Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, eine gewichtige Rolle nimmt das Land in dieser jedoch nicht ein. Insgesamt scheint die Landesregierung den Brexit allerdings eher mit Staunen zu begleiten, als aktiv mögliche Auswirkungen zu bekämpfen (siehe die Insolvenz einer Airline am Flughafen Rostock-Laage oder die lange Hängepartie um Fischereirechte für das Fischverarbeitungswerk Euro Baltic in Sassnitz/Mukran).</p>
(49) Den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern geführt	<p>Hier rühmt sich die Landesregierung damit, dass sie einen Vorschlag zur Einführung von qualifizierten Volksbefragungen in den Landtag eingebracht hat. Dieser Vorschlag wurde von den Expertinnen und Experten förmlich in den Ausschüssen zerrissen. Die Volksbefragung ist unverbindlich und allein die Landesregierung entscheidet, welche Frage sie an das Volk stellt. Der Landtag kann dem nur noch zustimmen oder diese Frage ablehnen. Wir meinen, die Landesregierung von SPD und CDU sollten erst einmal die bisher stattgefundenen Volksbefragungen,- entscheide und –begehren ernst nehmen und nicht von Oben herab unverbindliche Frage stellen. Das hat nichts mit Dialog zu tun.</p>
Öffentlicher Nahverkehr? Fehlanzeige	<p>In der Halbzeitbilanz kein Wort zum öffentlichen Nahverkehr. Er ist der schlechteste in ganz Deutschland: statt die Bahn öfter und auch zu Randzeiten fahren zu lassen, werden fast eine viertel Milliarde Euro im Sondervermögen gehortet. Die Landesregierung verweigert sich der Südbahn; es fehlt ein klares Bekenntnis zur Darßbahn und Grundlagenermittlung Karniner Brücke. Die Landesunterstützung für den ÖPNV an Kreise, Rostock und Schwerin sind völlig unzureichend; das Angebot vor allem in ländlichen Räumen ist ungenügend. Es gibt weder landeseinheitliche Mindeststandards für einen ÖPNV (z. B. Erreichen jedes Ortes im 1 bis 2-Studentakt per Rufbus) noch eine Berechnung, was das kostet. Es gibt weder einen Landesverkehrsverbund noch einen einheitlichen Tarifverbund (M-V Ticket). M-V liegt gegenüber anderen Bundesländern um Lichtjahre zurück: keine zentrale verkehrsmittelübergreifende Fahrplanauskunft für Bahn und Bus; keine Fahrkarte, mit der man quer durchs Land auch mit Umsteigen reisen kann; kein digitaler Datenaustausch, kein E-Ticketing.</p>
Verzahnung von Bahn und Bus? Fehlanzeige!	<p>Die Bahn ist aus dem Takt geraten, das Gutachten mit Vorschlägen zur Verbesserung liegt noch nicht vor, die Umsetzung der Verbesserungsvorschläge dauert nochmals Jahre. Dabei müsste die Bahn Taktgeber sein, an den sich die Busse im ÖPNV anlehnen.</p>
Radinfrastruktur? Fehlanzeige!	<p>Radinfrastruktur fehlt in der Halbzeitbilanz - für ein Gesamtnetz Radverkehr fehlt jegliches Konzept. Der Unterhaltungs- und Investitionsstau wird immer größer – die Ostseeküste ist nur noch auf Platz 8 der beliebtesten Radregionen (-2 Plätze), der Ostseeküsten-Radweg nur noch Platz 9 (-1 Platz) laut</p>

	<p>ADFC Radreiseanalyse. Beim Lückenschluss an Landstraßen fehlt die Draufsicht des Landes bei der Prioritätensetzung; die Kommunen sind überfordert. Die Förderung ist endlich auch für die Erhaltung von Radwegen möglich, scheitert aber oftmals an kommunalem Eigenanteil (i.d.R. 25%).</p> <p>Um landesbedeutende touristische Radwege muss sich die Landesebene kümmern, statt sich um Zuständigkeiten zu streiten. Zudem muss der Zustand der Radwege systematisch erfasst und endlich eine Strategie zur Unterhaltung, Sanierung und zum Ausbau des Netzes verfolgt werden.</p>
<p>Verbraucherschutz? Fehlanzeige!</p>	<p>Die Landesregierung weiß, warum sie den Verbraucherschutz weggelassen hat. Eine Rahmenvereinbarung zur Finanzierung ist Ende 2018 abgelaufen. Die Verbraucherzentrale hängt bei der Finanzierung in der Luft und hat Null Planungssicherheit.</p>
<p>Menschen mit Behinderung? Fehlanzeige!</p>	<p>Die Politik der Landesregierung für Menschen mit Behinderung findet in der Halbzeitbilanz keine Erwähnung. Warum wohl? Der wichtige Bereich der sozialen Beratungslandschaft findet in der Halbzeitbilanz keine Erwähnung.</p>